

# die:gemeinde



## Der Seitanz Richtung digitale Verwaltung

Die Kommunen packen die Digitalisierung an.  
Was sie dabei behindert und was  
jetzt passieren muss.

○ SCHWERPUNKT — 22

AKTUELL — 8

**Denzlingen gewinnt  
Klima-Wettbewerb**

VOR ORT — 54

**Tengen produziert  
mehr Strom, als  
es verbraucht**



Post  
sche Post  
art  
\* 05 \* B 599 \*



Personalförderung — 13

**Wer kümmert  
sich um den  
Klimaschutz?**

Erneuerbare Energie — 16

**Gewinner des  
European Energy  
Awards**



AKTUELL

KOMMUNALER FÖRDERWETTBEWERB

## „Mit **höchsten** Ambitionen“

Der Wettbewerb „Auf dem Weg zur Klimaneutralität“ soll zeigen, was die Kommunen in Baden-Württemberg schon alles für den Klimaschutz tun. Und ein Licht auf gute Beispiele zum Nachahmen leuchten. Eines dieser Beispiele: die Gemeinde Denzlingen.

TEXT — Annette Lübbers

Foto – Adobe Stock

Das waren die Regeln: Vom 1. Juli 2022 bis zum 31. Oktober 2022 konnten sich Kommunen bewerben, die besonders klimafreundlich unterwegs sind und überzeugende Konzepte vorlegen. Eine Fachjury wählte aus dem Bewerberkreis vier Kommunen unterschiedlicher Größe aus, die aufgrund „höchster Ambitionen“ finanzielle Unterstützung erhalten. „Mit unserem Klimaschutzgesetz haben wir uns als Baden-Württemberg das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu werden“, sagt Umwelt- und Klimaministerin Thekla Walker dazu. „Wichtige und zentrale Mitstreiter auf unserem Weg zu diesem Ziel sind unsere Kommunen im Land. Viele sind bereits Vorreiter und haben ambitionierte Klimaschutzkonzepte und -ziele.“

Als förderfähige Maßnahmen hatte das Umweltministerium – neben strukturellen Maßnahmen – im letzten Jahr festgelegt: Minimierung des Wärmebedarfs, insbesondere durch Maximierung von Anzahl, Umfang, Tiefe und Qualität sowie Beschleunigung von energetischen Gebäudesanierungen, Dekarbonisierung der Wärmeversorgung, nachhaltige Umgestaltung und Dekarbonisierung des Mobilitätssektors, Maximierung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, ergebnisorientierte Adressierung des Gewerbe- und Industriesektors sowie Maßnahmen für eine klimagerechte Stadtentwicklung.

**Nun stehen die Gewinner fest:** Denzlingen, Ludwigsburg, Freiburg im Breisgau und der Landkreis Calw.

Denzlingen, eine Gemeinde mit knapp 14.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, liegt etwa zehn Kilometer nördlich von Freiburg im Breisgau im Landkreis Emmendingen im Südwesten des Landes. Die Kommune hat schon vor zwei Jahren beschlossen, nicht bis



Mit einer Probebohrung ermittelt Denzlingen, ob regenerative Wärmequellen genutzt werden können. Ergebnis: Ein Nahwärmenetz ist umsetzbar.

2040 zu warten, sondern schon bis 2035 klimaneutral zu werden.

Die Bewerbung um die Fördergelder, sagt Bürgermeister Markus Hollemann, sei für seine Kommune schon eine sehr mutige Entscheidung gewesen und habe für einige interne Diskussionen gesorgt. Zuletzt sei sie aber im Rat mit großer Mehrheit beschlossen worden.

„Unsere Pläne und Ideen lagen schon alle auf dem Tisch und vie-

les ist bei uns schon auf dem Weg“, erzählt Markus Hollemann. „Etwa ein neues Nahwärmenetz. Aber das vorhandene Konzept einfach einreichen? Damit war es nicht getan, weil die Bewerbungsanforderungen durchaus sehr anspruchsvoll waren.“ Nun ist die Freude im Denzlinger Rathaus groß. Als Vorreiter-Kommune ausgewählt zu werden, sei für seine Gemeinde ein schöner Erfolg und ein großer Ansporn. Die Wahl bestätige das weitreichende Engagement, den eigenen Ort auf vielen Gebieten fit für die Zukunft zu machen. Man sei in der Klimaschutzpflicht und man werde liefern.

Unbedingt umsetzen möchte Hollemann das bereits konzeptionierte Projekt „Solarstrom für Denzlinger Mehrfamilienhäuser“. Auf gewerblichen Immobilien und Einfamilienhäusern ist die Bestückung mit PV-Anlagen bereits vorangekommen im kleinen Denzlingen. Schwieriger, sagt der Bürgermeister, sei das bei Mehrfamilienhäusern. Bei Eigentumswohnungen braucht es das OK aller Parteien. Bei Mietwohnungen

„Wir hier in Denzlingen lernen gerne und wir würden uns freuen, wenn wir Anregungen aus den anderen Gewinner-Kommunen mitnehmen könnten

Markus Hollemann, Bürgermeister der Gemeinde Denzlingen



Fotos – Gemeinde Denzlingen, Adobe Stock



Denzlingen

scheuen Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Hausverwaltungen oft den Aufwand und die hohen Investitionen.

**Mit einem bundesweit einzigartigen Projekt will Denzlingen das ändern.** Gehen soll das so: Die Kommune pachtet die Dächer und verpachtet diese wiederum an einen Solar-Anbieter. Dieser baut und betreibt die PV-Anlagen. „Durch die Zusammenarbeit mit der Kommune wird Vertrauen geschaffen, mithilfe des professionellen Dienstleistungsunternehmens kann den Bewohnerinnen und Bewohnern der Mehrfamilienhäuser vergünstigter Strom vom eigenen Dach geliefert werden“, so Hollemann. „Ein weiterer Vorteil ist, dass mit der PV-Anlage das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, das bei einem Heizungstausch greift, zu hundert Prozent erfüllt werden kann.“ All das werde vertraglich abgesichert, so dass keine Haftungsrisiken entstünden, heißt es aus dem Rathaus.

**Was derzeit noch fehlt: Eine Personalstelle in der Kommune.** Das Ge-

winnergeld könnte die Ausschreibung der Stelle und die Besetzung sichern. „Allerdings liegen uns derzeit noch keine gesicherten Erkenntnisse darüber vor, welche konkreten Auflagen mit der Auszahlung der Gelder verbunden sind und ob wir die neue Stelle damit finanzieren können“, erklärt Bürgermeister Markus Hollemann.

In Freiburg im Breisgau deckt das eingereichte Konzept sechs Handlungsfelder ab: erneuerbare Energien, Mobilität, nachhaltige Wärmeversorgung, nachhaltige Gebäude bei Verwaltung und Stadtplanung, Gewerbe und Industrie sowie klimafreundliche Lebensstile. Letzteres sei zwar nur schwer messbar zu machen, aber zur Zielerreichung einer klimaneutral agierenden Gesell-

schaft unumgänglich. „Aber auch der innovative Beteiligungsansatz der Klimaschutzquartiere sowie die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung mit den Großprojekten Erdwärme Breisgau und Ausbau des Fernwärmenetzes auch in Bestandsquartieren sind wichtige Eckpfeiler auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune“, heißt es aus dem Rathaus. Mitgemacht habe man in Freiburg, weil die Kommune zwar schon sehr viele und außergewöhnliche Projekte auf dem Weg zur Klimaneutralität umgesetzt habe – etwa die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks um etwa 46 Prozent pro Kopf –, zur Zielerreichung dennoch einiges fehle.

Auch in Ludwigsburg freut man sich über den Rückenwind. „Die Auszeichnung zeigt: Wir sind und bleiben Vorreiterkommune für Nachhaltigkeit“, sagt Oberbürgermeister Matthias Knecht. „Die Umsetzung des Vorhabens ist für die gesamte Gesellschaft eine große Herausforderung. Unser Ziel dabei ist



Die Gemeinde Denzlingen hat ein Klimaschutzförderprogramm aufgesetzt, über das sie unter anderem Balkonkraftwerke bezuschusst

es, die Menschen durch einfache und niedrigschwellige Maßnahmen mitzunehmen.“

Ähnliches ist aus dem Landkreis Calw zu vernehmen. „Es ist ein starkes Zeichen, dass wir als Modell Landkreis ausgewählt wurden und Unterstützung für unsere ambitionierte Klimaschutzarbeit erhalten. Auf dem Weg in Richtung Klimaneutralität wollen wir weiter mutig und als Vorbild vorangehen. Denn wir sind alle in der Pflicht – Treibhausgasemissionen enden nicht an Gemarkungsgrenzen“, unterstreicht Landrat Helmut Riegger.

**Und was den Vorbild-Charakter des Wettbewerbs angeht: Markus Holle- mann würde es begrüßen, Einblicke in die Konzepte der Mitgewinner zu bekommen.** „Wir hier in Denzlingen lernen gerne und wir würden uns freuen, wenn wir Anregungen aus den anderen Gewinner-Kommunen mitnehmen könnten.“ Das Denzlinger Konzept, so der Bürgermeister, will er anderen Städten und Gemeinden gerne zur Verfügung stellen. ■

Über den kommunalen Förderwettbewerb „Auf dem Weg zur Klimaneutralität“ konnten Kommunen bis 20.000 Einwohner und Einwohnerinnen bis zu 500.000 Euro erhalten. Für Kommunen zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern und Einwohnerinnen waren bis zu zwei Millionen Euro ausgelobt, für Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern und Einwohnerinnen bis zu vier Millionen Euro und für Landkreise bis zu fünf Millionen Euro innerhalb von drei Jahren. Grundsätzlich galt: Nur solche Konzepte sollten berücksichtigt werden, die sich mehr oder weniger eins zu eins auf andere Kommunen übertragen lassen.